

Präsident Obama spricht zum Klimawandel

Zusammenfassung der US-Berichterstattung vom 24. bis 28. Juni 2013

(cr) Diese Woche nahmen die amerikanischen Medien Präsident Obamas Rede an der Georgetown University in Washington D.C. am Dienstag zum Anlass wie er über die Klimaveränderung zu reflektieren. Der Präsident nutzte die Gelegenheit um seine Vorhaben gegen den Klimawandel vorzustellen. Seine Ideen beinhalteten unter anderem die Kohlendioxidemission durch eine verminderte Kohleverarbeitung und die Emissionen anderer aggressiver Treibgase mittels der alternativen Verwendung von natürlichen und vergleichsweise unschädlicheren Gasen zu verringern. Die *USA Today* begrüßte Obamas Initiative und betonte, solange die USA nicht vorangehe, würden andere Länder nur langsam nachsetzen; die Aussicht auf Besserung der Situation würde sich somit enorm verschlechtern. Die *Washington Post* hingegen kritisierte Obamas „keineswegs perfekten“ Pläne streng. Es mangle ihm nicht nur an der unabdingbaren Zustimmung des Kongresses; Umsetzungen wie das Reglementieren von Triebwerken durch die Environmental Protection Agency würden zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Wirklich effektive Vorhaben, wie Kohlendioxidsteuern, habe er ausgelassen und stattdessen den üblichen „Nonsens“ vorgeschlagen. Dem Land würde es noch an einer nachhaltigen Vorgehensweise mangeln. Dennoch würde man Obamas Ideen der Apathie des Kongresses vorziehen, so die *Washington Post*.

Mit einem Ergebnis von 68 zu 32 stimmte der amerikanische Senat am Donnerstag in Washington D.C. für eine Neugestaltung des Einwanderungsgesetzes. Damit steigen die Aussichten auf Legalisierung für illegale Einwanderer. Die Gesetzesvorlage berücksichtigt erwerbstätige Immigranten und soll einen rechtlichen Rahmen schaffen mehr qualifizierte ausländische Arbeitskräfte in die Gesellschaft zu integrieren und ihnen die Möglichkeit einer Einbürgerung zu bieten. Der Beschluss konnte jedoch nicht ohne Zugeständnisse der Demokraten an die Republikaner – in Form von massiven Sicherheitsvorkehrungen an den Grenzen – verabschiedet werden. Dennoch stoßen die neuen Reformen auf große Zustimmung in den amerikanischen Zeitungen. So schreibt die *Washington Post*, dass der Senat einen wichtigen und vernünftigen Entschluss gefasst habe, indem er das

überholungsbedürftige Gesetz modifizieren wolle. Sie ficht jedoch die Beweggründe der Republikaner an und fasst die vorgebrachten Sicherheitsmaßnahmen als unerfüllbare Voraussetzungen auf, an der die Legalisierung scheitern könne. Die *New York Daily News* äußert sich indes über die Vorteile der Neugestaltung. Immigranten würden im Vergleich zu Amerikanern die Wirtschaft stärker ankurbeln, indem sie häufiger neue Unternehmen gründeten und Arbeitsplätze schafften.

Als Freitagnachmittag bekanntgegeben wurde, dass der United States Court of Appeal for the Ninth Circuit das Verbot gleichgeschlechtlicher Eheschließungen in Kalifornien aufgehoben habe und infolgedessen unmittelbar allen Bezirken des Bundesstaates das Ausstellen von gültigen Eheurkunden an schwule und lesbische Paare genehmigte, ließen sich kurzerhand hunderte Homosexuelle an diesem Wochenende trauen. Der US Supreme Court hatte zuvor entschieden, dass es Verfechtern des „Gay Marriage Ban: Proposition 8“ an ausreichender Rechtfertigung mangelte, da der Gouverneur und ebenso der Generalstaatsanwalt jegliche Verteidigung des Beschlusses ablehnten. Weniger als 24 Stunden nach der Bekanntgabe erhoben Befürworter der Proposition 8 Einspruch und forderten das sofortige Einstellen der Eheschließungen. Die Meinungen der Amerikaner hierzu sind sichtlich gespalten. So begrüßt die *LA Times* den neuen Gesetzesbeschluss, äußerte aber Bedenken zum Widerruf der Volksabstimmung, die in der Proposition 8 mündete. Einerseits sei der Staat dazu verpflichtet die Verteidigung und somit den Erlass eines Gesetzesbeschlusses, der von den Wählern nicht befürwortet wurde, abzulehnen. Demnach habe der Bundesstaat Kalifornien den Wunsch einer Mehrheit der Bevölkerung missachtet. Die *LA Times* schlägt die Benennung eines Staatsanwalts, der den Staat hinsichtlich Besonderheiten eines Volksentscheides vertritt, als gerechte Vorgangsweise vor. Die *USA Today* äußert sich zu diesem Vorfall konservativer. Der Supreme Court habe den Entschluss der Bevölkerung nicht übergehen dürfen, da er die allgemeingültige Meinung darlege, dass eine legitime Ehe nur zwischen Mann und Frau bestehe.

Quellen:

nytimes.com

nydailynews.com

latimes.com

usatoday.com

washingtonpost.com